

AKADEMIE DER ARBEIT
IN DER UNIVERSITÄT FRANKFURT A. M.

Ein vergessenes Stück
Universitätsgeschichte

von Diether Döring



1. OKTOBER 1927 BIS 30. JUNI 1928

In den Umbruchjahren der Weimarer Republik entwickelte sich in der Goethe-Universität eine Institution, die oft in Vergessenheit gerät: »Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main« – so auch der offizielle Titel.

Sie war und ist mehr als eine Fortbildungsstätte für Arbeitnehmer. Hier studieren jährlich 40 Arbeitnehmer, aus allen Branchen der Wirtschaft und Verwaltung ausgewählt, um sich auf verantwortliche Tätigkeiten in Unternehmen, Verbänden und öffentlichen Institutionen vorzubereiten.

Die Gründung der Akademie für Arbeit ist eng verbunden mit den Krisen, Umbrüchen, aber auch Aufbrüchen in den frühen Jahren der Weimarer Republik. Die erste deutsche demokratische Verfassung, das neue Betriebsrätegesetz und Ansätze einer Wirtschaftsdemokratie veränderten auch die Rolle der Arbeitnehmer. Um die wachsenden Einflussmöglichkeiten wahrnehmen zu können, brauchten die Menschen aus der Arbeitswelt neue Bildungsangebote, die mehr darstellten als reine Fortbildung in ihren erlernten Berufen.

Die Universitäten in Köln, Münster und die Stiftungsuniversität in Frankfurt zeigten sich offen, solche Angebote neuen Typs zu offerieren. Schon die auch auf Wilhelm Mertons (1848 – 1916) zurückgehende Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, die Vorläuferin der Frankfurter Universität, suchte Erfordernissen einer modernen Wirtschaftsgesellschaft Rechnung zu tragen. Der Frankfurter Stiftungsvertrag von 1914 wies der Universität sogar ausdrücklich die Aufgabe zu, wissenschaftliche Fortbildungsanstalt für Menschen im Beruf zu sein – zunächst allerdings ohne praktische Konsequenzen.

Der Druck der Sozialdemokraten

Als Studenten der Universität anlässlich des Kapp-Putsches im März 1920 den Versuch eines Staatsstreichs mit republikfeindlichen Kundgebungen unterstützten, drängten die Frankfurter Sozialdemokraten, das Profil der Universität zu verändern. Die durch den Ersten Weltkrieg und die nachfolgende Inflation desolate Finanzsituation der Universität eröffnete ihnen neue Chancen, Einfluss zu nehmen. Denn ohne Mittel aus dem städtischen Haushalt konnte die Universität nicht über-

leben, und diese knüpften die SPD-Stadtverordneten an die Öffnung der Universität für Arbeitnehmer.

Stadtverordnetenvorsteher Theodor Thomas (1876–1953) und der Arbeitsrechtler Professor Hugo Sinzheimer (1875–1945) waren die Ideengeber für die Denkschrift »Eine Arbeiter-Akademie in Frankfurt a.M.«. Sie projektierte ein Studium, das eine breite gesellschaftspolitische Grundbildung mit starken wirtschafts-, rechts- und sozialwissenschaftlichen Elementen vorsah; daneben sollte es fachliche Schwerpunkte für verschiedene Tätigkeitsfelder geben. Leitmotiv war, Arbeitnehmer als Führungskräfte zu qualifizieren, die sich dann für die neuen demokratischen Rechte in Unternehmen, Staat und sozialen Institutionen einsetzen sollten. Das Institut sollte bis zu 1.000 Studierende aufnehmen und nach Sinzheimers Auffassung das Profil der Universität verändern. Man dachte offenbar von vornherein an gemeinsame Lehrveranstaltungen von Universität und Akademie, die auch in den Räumen der Universität tätig sein sollte.

Ein »Lehrhaus« neuen Typs

Im September 1920 schrieb der Rechtsphilosoph Eugen Rosenstock (1888–1973) eine zweite Denkschrift »Grundsätze über eine Bildungsstätte für erwachsene Arbeiter«. Der Leipziger Privatdozent hatte nach seinem Fronteinsatz im Ersten Weltkrieg zunächst auf eine Universitätslaufbahn verzichten wollen. Er wandte sich Überlegungen zur Überwindung von Konflikten in der Arbeitswelt zu und übernahm in Stuttgart die Herausgabe der Daimler Werkszeitung, eine der frühesten Betriebszeitungen Deutschlands. Dort arbeitete er an der Idee einer »gemeinsamen Werksprache«, die zur Überwindung der Kluft zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten

1 Eine Collage von Materialien aus dem Archiv der Akademie der Arbeit: Die Teilnehmer des »Siebenten Lehrgangs«, der vom 1. Oktober 1927 bis 30. Juni 1928 stattfand, und das Deckblatt des Lehrgangsprogramms.

2 Der Rechtsphilosoph Eugen Rosenstock (1888–1973) leitete die Akademie ab 1921 für nur ein Jahr; geprägt war diese Zeit von heftigen Auseinandersetzungen mit der Frankfurter Professorenschaft. Er wollte ein »Lehrhaus« neuen Typs etablieren, in dem die Dozenten eher die Begleiter und Berater der erwachsenen Studierenden sein sollten.



2

beitragen sollte. Rosenstock schwebte in Frankfurt ein »Lehrhaus« neuen Typs vor – eher in Distanz zu universitären Lehrformen. In seiner eigenen Theorie des Lernens von Erwachsenen spielte die »Maturität« (Reife) durch Lebens- und Berufserfahrung die entscheidende Rolle. Die künftigen Lehrer sollten eher zu Begleitern und Beratern der Studierenden werden; Lehrinhalte sollten stets dem persönlichen und beruflichen Erfahrungsbereich der Studierenden entnommen werden.

Da Mitglieder der preußischen Regierung diesen pädagogischen Ansatz favorisierten, zeichnete sich schnell ein Konflikt mit den beteiligten Frankfurter Universitätsprofessoren ab. Zwar hielten auch diese eine gewisse Anpassung universitärer Lehrformen für nötig, woll-

liches Grundverständnis des Studiums voraussetzen und einem breiten Bildungsansatz vor schmälerer tätigkeitsorientierter Fachbildung den Vorrang geben.

Kompromiss: Ein »studium generale« in nur zehn Monaten

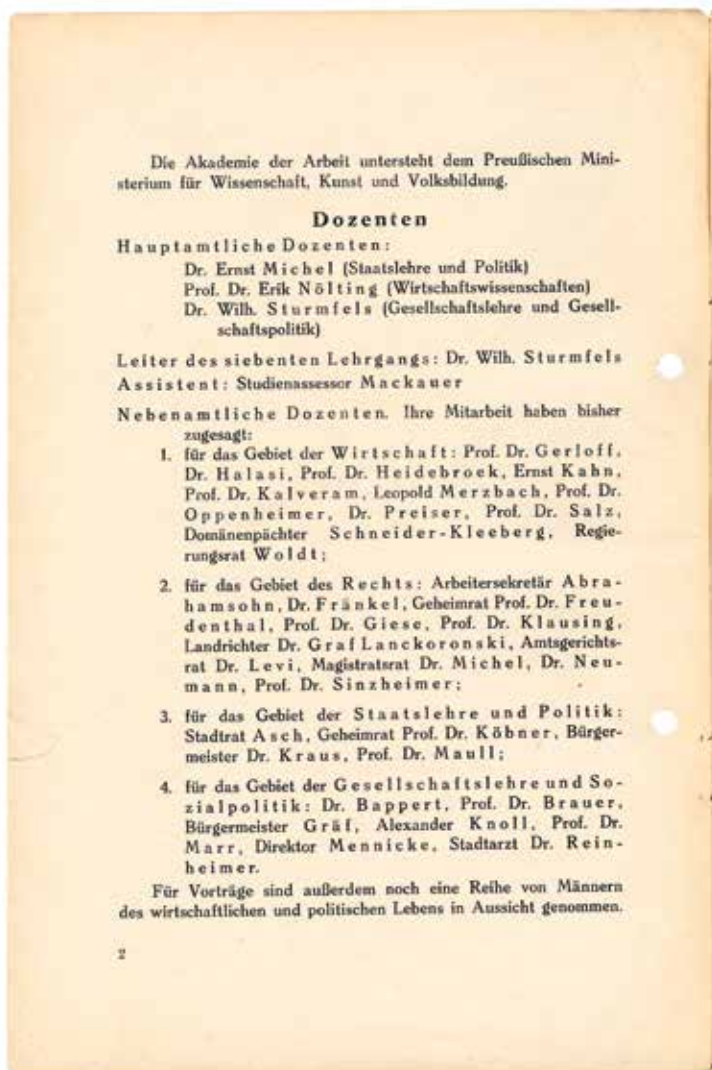
Die Akademie sollte schließlich mit diesen divergierenden Vorstellungen an den Start gehen. Nachdem sich in einem Gründungsausschuss Vertreter von Universität, Stadt, preußischer Regierung, Repräsentanten verschiedener Gewerkschaftsrichtungen sowie sozialer Institutionen zusammengefunden hatten, wurde die Akademie am 2. Mai 1921 eröffnet. Sie geriet viel kleiner als projektiert. Realisiert wurde ein Studiengang, der ein breites gesellschaftspolitisches »studium generale« bot, das allerdings nach einem Kompromiss mit den Gewerkschaften auf nur zehn Monate angelegt war. In der Universität, vor allem bei Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlern, gab es eine große Bereitschaft, die vorgesehenen Lehraufträge zu übernehmen. Das preußische Wissenschaftsministerium in Berlin machte Rosenstock 1921 zum ständigen Leiter der Akademie mit weitreichenden Rechten, was bei der heterogenen Professorenschaft in Frankfurt wenig Begeisterung auslöste. Rosenstock gab sein Amt schon nach einem Jahr nach vielen Auseinandersetzungen auf.

Das Aus: Ende März 1933 schlossen die Nazis die Akademie

Trotz aller Kontroversen hat die Akademie der Arbeit bis zur Schließung durch die Nazis 1933 erfolgreich gearbeitet. Zahlreiche Professoren engagierten sich stark in dem neuen Institut: An erster Stelle seien der Nestor des deutschen Arbeitsrechts Hugo Sinzheimer, aber auch der erste Inhaber eines Lehrstuhls für Soziologie und theoretische Nationalökonomie in Deutschland Franz Oppenheimer (1864–1943) genannt. Die Vorstellungen von neuer Erwachsenenbildung und universitärem Lernangebot existierten anfangs eher nebeneinander, wurden aber schrittweise zu sich ergänzenden Lehr- und Lernformen.

Am 31. März 1933 schlossen SA und Kriminalpolizei die Akademie für Arbeit und versiegelten ihre Räume, die mitten im Hauptgebäude der Universität lagen (dem früheren Bau der Handelsakademie). Das Ministerium wies den damaligen Leiter, den Sozial- und Kulturphilosophen Prof. Dr. Ernst Michel (1889–1964), der seit 1931 auch Honorarprofessor für Betriebslehre und Sozialpolitik an der Universität war, an, dem Personal zu kündigen. Danach gab es Bestrebungen von NSDAP und Deutscher Arbeitsfront, anstelle der Akademie eine »Hochschule der Arbeit« in

3 Aus dem Programm des »Siebenten Lehrgangs«: Die Auflistung der Namen macht deutlich, wie eng die Universität und die Akademie über die Professoren verbunden waren.



ten aber keinesfalls auf ein systematisches Vorlesungsprogramm verzichten. Einig waren sich alle Beteiligten, dass sie weltanschauliche Schulung und eine allzu enge Bindung an gewerkschaftliche Interessen ablehnten, ein freiheit-

der Universität zu installieren, die jedoch später nicht weiterverfolgt wurden.

Viele Lehrende, die sich an der Akademie engagiert hatten, mussten emigrieren. Dazu gehörten Hugo Sinzheimer, Franz Oppenheimer sowie auch der frühere Leiter Eugen Rosenstock, der vom Ministerium 1933 noch an die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Frankfurter Universität versetzt worden war. Weiterhin Fritz Naphtali (1888–1961), ursprünglich Redakteur der *Frankfurter Zeitung* – er sollte später Minister in der israelischen Regierung werden, Ernst Fränkel (1898–1975) und Franz Neumann (1900–1954), sie wurden zu Vätern der bundesdeutschen Politikwissenschaft. Mehrere Absolventen, die in den 1920er Jahren die Akademie besucht hatten, sollten in der jungen Bundesrepublik leitende Stellungen einnehmen: Beispielfhaft seien genannt Fritz Steinhoff (1897–1969), von 1956 bis 1958 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, und Willi Richter (1894–1972), von 1956 bis 1972 Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Neustart nach dem Krieg: Vorbehalte der Gewerkschaften gegen Einfluss des Staates

Mit Unterstützung von Universität, amerikanischer Militärregierung, Land Hessen, Stadt und Gewerkschaften schaffte es die Akademie schon 1947, den Lehrbetrieb wieder aufzunehmen. Der Neustart musste ohne die Emigranten gelingen, das veränderte das Lehrangebot der Akademie erheblich. Sinzheimer war 1945 verstorben, Oppenheimer schon 1943. Rosenstock lehrte und schrieb weiterhin in den USA. Zunächst setzte die Akademie auf Praktiker von Gerichten, Sozialversicherung und Gewerkschaften. Erst nach und nach konnten auch wieder Persönlichkeiten aus der Universität für die Lehre gewonnen werden. Stellvertretend seien genannt: der Jurist Walter Hallstein (1901–1982), der später der erste Vorsitzende der EWG-Kommission werden sollte, sowie der Mitbegründer des Ordoliberalismus Franz Böhm (1895–1977) und der Sozialphilosoph Max Horkheimer (1895–1973).

Institutionell und räumlich veränderten sich die Dinge: Nicht zuletzt wegen der Vorbehalte der Gewerkschaften gegen allzu großen Staats-einfluss erhielt die Akademie 1951 die Form einer Stiftung des privaten Rechts, mit dem Land und dem Deutschen Gewerkschaftsbund als gleichberechtigten Trägern. Das hat sich bis heute bewährt. 1979 wurden mit einer Kooperationsvereinbarung auch die Beziehungen zwischen Akademie und Universität neu fundiert, was nicht zuletzt auch dem damaligen Universitätspräsidenten Hans Jürgen Krupp zu verdanken ist: Eine engere Zusammenarbeit in der Lehre sollte auch den gegenseitigen Austausch der Lehrenden befördern.



4

Eine wichtige Vereinbarung betraf die gemeinsame Forschung. So gelang es, das große Forschungsprojekt »Alterssicherung in der EU« zu etablieren, das von den beiden Wirtschaftswissenschaftlern Richard Hauser und Diether Döring geleitet wurde und an dem elf Personen mitwirkten. Bis 2003 entstanden acht Forschungsbände und eine ganze Reihe von Promotionen. Im Ergebnis konnten zentrale Voraussetzungen für die Nachhaltigkeit europäischer Alterssicherungssysteme herausgearbeitet werden. Die Forschungsergebnisse flossen sowohl in die Lehre des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften als auch in den Unterricht der Akademie ein. Das Vorhaben wurde im Kern von der VolkswagenStiftung getragen. In den 1980er und 1990er Jahren hat sich die

4 Hugo Sinzheimer (1875–1945): Der Arbeitsrechtler gehörte zu den Ideengebern für die Akademie der Arbeit. Er war nicht nur Rechtsgelehrter auf dem innovativen Feld des Arbeitsrechts, er war auch immer politisch und gesellschaftlich engagiert: Als jüdischer Sozialist und Abgeordneter im Verfassungsausschuss der Weimarer Nationalversammlung machte er sich für die Verankerung des Genossenschaftsgedankens stark. An der Frankfurter Universität wurde für Sinzheimer 1920 die erste arbeitsrechtliche Honorarprofessur geschaffen, Vergleichbares gab es nur in Berlin. (Hier eine Zeichnung von Lino Salini)

5 Noch hat die Akademie der Arbeit, die seit 2009 Europäische Akademie der Arbeit heißt, ihr Domizil auf dem Campus Bockenheim, 2017 ist der Umzug auf den Campus Westend geplant.



5

Zusammenarbeit auch in der Lehre wieder deutlich intensiviert. So hielten nicht nur zahlreiche Professoren der Goethe-Universität insbesondere aus den Fachbereichen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften Vorlesungen und Seminare an der Akademie, hauptamtliche Dozenten der Akademie beteiligten sich auch an der universitären Lehre. Stellvertretend seien die Juristen Spiros Simitis und Manfred Weiss sowie die Wirtschaftswissenschaftler Bertram Schefold und Richard Hauser erwähnt. Mit dem Generationswechsel und dem veränderten Profil insbesondere des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften, in dem sozialökonomische Themen kaum noch eine Rolle spielen, wurden die Kooperationen in Forschung und Lehre zunehmend schwächer.

Bis zum heutigen Tage absolviert jedes Jahr eine Gruppe von rund 40 Beschäftigten aus allen Branchen der Wirtschaft ein interdisziplinäres »studium generale« als Weiterbildung. Sie werden durch eine Prüfung ausgewählt und kommen aus ganz Deutschland sowie einigen europäischen Nachbarländern. Auf sie wartet ein anspruchsvolles Vollzeitprogramm, für das sie für elf Monate in ein Internat auf dem Universitätsgelände in Bockenheim ziehen. Manche bewerben sich für den Studiengang, um in das bisherige Unternehmen zurückzukehren, oder auch, um sich auf einen Tätigkeitswechsel vorzubereiten.

Die Akademie, die seit 2009 den Zusatz »Europäische Akademie der Arbeit in der

Universität Frankfurt am Main« trägt, ist weiter besonders auf die Verbindung zu universitären Arbeitsfeldern wie Arbeitsrecht, Arbeitsmarkt, Sozialpolitik angewiesen. Der neue Leiter der Akademie, Prof. Dr. Martin Alle-spach, hat es unternommen, die Zusammenarbeit wieder zu verstärken. Vielleicht trägt auch die räumliche Nähe wieder zu einer stärkeren Zusammenarbeit bei; denn 2017 wird die Akademie einen Neubau auf dem Campus Westend beziehen und ihr 1957 bezogenes Gebäude in Bockenheim verlassen. ●



Der Autor

Diether Döring, 75, hat die Akademie der Arbeit über viele Jahre geleitet. Er ist Professor für Sozialpolitik mit besonderem Interesse für international vergleichende Forschung zu Fragen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung. Gegenwärtig leitet er das Königsteiner Forum; es veranstaltet regelmäßig Vortragsreihen zu ausgewählten Themenkomplexen, die Informationen zu Fragen der Zeit vermitteln und darüber hinaus den Mitgliedern der Gesellschaft Orientierungs- und Entscheidungshilfe geben.

d.doering@em.uni-frankfurt.de